



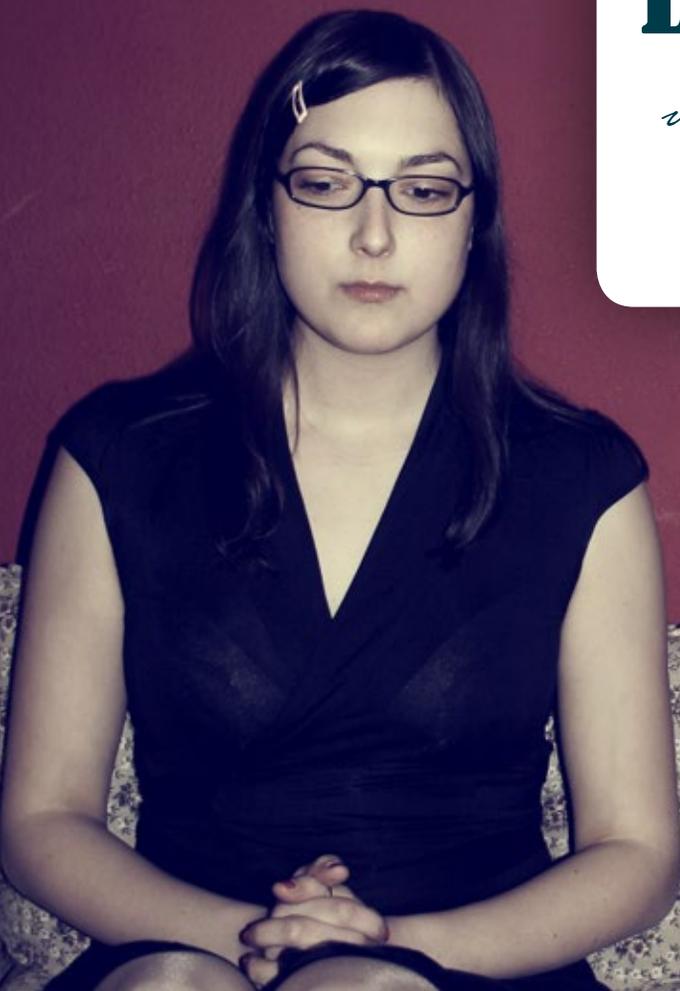
jung+liberal

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



Europa,

*wir müssen
reden!*





Gewinner des APO-Fotowettbewerbs



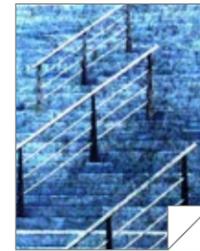
Der Stadtverband der **JuLis München** hat in guter APO-Manier die Landesgeschäftsstelle der FDP Bayern besetzt. Auf 50 Metern weißen und blauen Stoffs wurde nicht nur der Kampagnenlogan „APO 2.0 – Die Opposition ist gelb“ untergebracht, sondern auch – passend zum Kommunalwahlkampf – auf die Missstände in München aufmerksam gemacht: Der 25 Meter lange Schriftzug „Wohnungsbau statt Hausbesetzung“ weist auf die verkorkste rot-grüne Stadtpolitik



hin, die kaum Wohnungsbau zulässt während stadteigene Gebäude zerfallen und von Künstlern mit dem Ziel der Sanierung besetzt werden.

„Freiräume verteidigen!“ – nicht nur für privaten Wohnungsbau, sondern für die gesamte Gesellschaft. Das ist der APO-Auftrag der Münchner, den Robert Klein (Stadtvorsitzender der JuLis München) dem FDP-Establishment (vertreten durch Daniel Föst, GS der FDP Bay) auf diese Weise deutlich gemacht hat.

Inhalt 01/2014



4/5 Stadion ohne Fans?

Es wird höchste Zeit, dass Fans der EU lauter werden und die Wertedebatte forcieren, um eine größere emotionale Verbundenheit zu schaffen.



8/9 Demokratie statt Technokratie

Die Verantwortung für die politische Entscheidung muss bei Politikern liegen, die demokratisch legitimiert sind!



10/11 Gemeinsam für eine bessere Welt

Die Antwort auf die Debatte um eine neue Außen- und Sicherheitspolitik muss sein: Mehr Partnerschaft, mehr Europa.



14/15 Leuchtturm außer Betrieb

„Fuck the EU“ – Wie der zahnlose Tiger der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU schadet.

Editorial

Liebe JuLis,

Der zahnlose Tiger

Assoziationen mit Europa gibt es viele. Die Mehrheit davon ist jedoch negativ getönt: Erste Gedanken zu Europa reichen von Gurkenverordnung und Glühbirnen, hin zu einem demokratisch nicht legitimierten Politikerhaufen, fernab sinnlos diskutierend in Brüssel. Gesetze, die keinem Menschen nützen und Themen, bei denen sich die Gurken und Bananen ganz von allein krümmen. Europapolitik rückt oft in den Hintergrund und ist medial nur dann präsent, wenn es um die nächste erfreuliche Idee, wie die einer Drosselung von Staubsaugern, geht.

Dennoch ist Europa mehr als sinnlose Verordnungen und Politikersprech, es ist eben auch Friedensprojekt, eine Wertegemeinschaft, die uns eint. Am 25. Mai haben Millionen Menschen die Wahl. In dieser Ausgabe werden wir eine Lanze brechen für Europa, aber nicht vergessen, dass es noch viel gibt, was eben nicht optimal funktioniert und angegangen werden sollte. Ob gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik, nachhaltige Asylpolitik oder bessere demokratische Entscheidungsprozesse, es steht noch so einiges auf der Agenda.

Bleibt nur noch eine Frage: Hat die FDP dazugelernt und haben die Menschen verstanden? Fakt ist, dass wir Europa den Kritikern und Zweiflern kaum überlassen können und wir darüber sprechen müssen, was liberale Europapolitik bedeuten sollte.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Eure Jeanine

- 2 Kurz und Knapp
- 3 Editorial
- 4 Stadion ohne Fans?
- 6 Lass krachen! Europas Konfliktfähigkeit entscheidet über seine Zukunft
- 8 Demokratie statt Technokratie
Argumente gegen einen postdemokratischen neuen Scientismus
- 10 Gemeinsam für eine bessere Welt
Mehr Partnerschaft, mehr Europa.
- 12 Vom Neuland und Internetausdruckern
- 14 Leuchtturm außer Betrieb
Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Krise
- 16 Das Boot ist nicht zu voll
Es gibt gar kein Boot
- 18 Armutsmigration
Warum wir jede Befürchtung, aber nicht jede Intervention ernst nehmen sollten
- 19 Replik | Gedanken zum Euro
- 20 Auf ein Käffchen mit Konstantin
- 21 Man soll gehen, wenn es am schönsten ist!
- 22 Internationale Seiten
- 23 Impressum



Jeanine im Netz
email jundl@julis.de

Stadion ohne Fans?

Jede Idee, alles „Neue“ lebt und gelingt durch seine Anhänger. Es braucht Fans und Unterstützer, um etwas Neues zum Erfolg führen zu können. Und davon eine Menge. Denn jede Veränderung wird gerne als Gefahr wahrgenommen. Zum Beispiel die EU: Gerne diskreditiert als der Moloch, der Bekanntes und Geschätztes bedroht und reglementiert. Höchste Zeit, dass ihre Fans lauter werden und die Wertedebatte forcieren, um eine größere emotionale Verbundenheit zu schaffen. Sonst scheitert dieses einzigartige Friedens- und Wohlstandsprojekt (ERSTER PUNKT IM BSB AKA BULLSHIT-BINGO) langsam aber sicher im Alltag ihrer Bürger.

Das gescheiterte Projekt einer europäischen Verfassung zeigt exemplarisch gut auf, wie weit entfernt die EU von einer Einheit ist. Die Verfassung sollte ja nicht nur die Handlungsfähigkeit stärken, sondern auch die Kluft des Konstrukts EU (BSB-SCORE: 2) zu seinen Bürgern verringern.

Was lief schief? Dem Abstrakten fehlte und fehlt nach wie vor das Konkrete und Erlebte.

Die Definition gemeinsamer Werte liest sich im nie ratifizierten Verfassungsentwurf gut. Klingt vertraut – ist unserem Grundgesetz ähnlich. Aber auch abstrakt. Mit Leben gefüllt werden solche abstrakten Werte durch gesellschaftlichen Streit und ausgehandelten Konsens, politische Rahmensetzung und auch gerichtliche Entscheidungen. Nicht nur in Deutschland. Über die letzten Jahrzehnte hat jedes Mitgliedsland, fußend auf eigenen Traditionen, solche Werte ausdifferenziert. Für sich. Und an sich nur für sich. Nun allen Mitgliedsstaaten ein gemeinsames Wertefundament ohne genug praktisch Erlebtes zu geben, befördert die Identifikation nicht. Ganz im Gegenteil. Durch Diktat „von oben“ wird dem nationalen Populismus neuer Nährboden geschaffen.

Wir sortieren: „Wer betrügt, der fliegt“

Die Sortierung nach „guten“ und „schlechten“ EU-Bürgern ist ein Klassiker auf nationaler Ebene, gerade zu Wahlkampfzeiten. Um diffuse Verlustängste zu schüren und Partikularinteressen durchzudrücken. Oder einfach mal wieder die bayerische Herkunft zu zelebrieren. Peinlich genug. Solche Beispiele zeigen aber gut auf, dass Gewährung derselben Rechte und Pflichten politisch oft nicht wechselseitig gewollt ist. Ein Paradebeispiel für das Fehlen einer Wertebasis auf

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

höherer Ebene. Wenn „die da oben“ nicht mal wollen, warum soll der „kleine Mann“ (BSB-SCORE: +7) sich dann dafür interessieren?

Warum ist die Werteeinheit trotzdem so wichtig, wenn sie doch ach so weit weg und so schwer voranzutreiben ist? Ganz einfach: Das zu Beginn einende Element der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der EU unterliegt extremen globalen Schwankungen. Außerdem kann und wird diese nicht im selben Maße jedem Mitgliedsstaat und Bürger zuteil. Ich halte daher ein einendes Wertefundament, das ausdifferenzierte und praktisch erlebbare Säulen innehat, als einzig vorstellbaren Ersatz, der auf Dauer Bestand haben kann.

Frustrierend – vor allem, wenn man sich wie ich einen Europäischen Bundesstaat (BSB-SCORE: +90) wünscht. Was dann? Was tun?

Wir müssen Leuchttürme bauen – und geduldig sein.

Wir brauchen „Leuchttürme“, also einzelne erlebbare und reproduzierbare Werteprojekte (BSB-SCORE: +720), die emotional Positives transportieren. Und Zeit, die leider so unfassbar träge ist, und sich partout nicht antreiben lassen will. Wenn die schon nicht mitspielen will, zurück zum Beeinflussbaren, den Leuchttürmen, welche aktuell fehlen. Wertebasierende emotionale Zukunftsvisionen (Arzt und so; BSB-SCORE: +900) werden seit Jahren auf der offiziellen politischen Bühne nicht artikuliert. Die positiven Aspekte der europäischen Einigung wie der freie Personen- und Warenverkehr müssen immer wieder als Beispiel herhalten – neue zu schaffen wird versäumt.

Status quo: Verwaltung statt Gestaltung.

Wenn wir so weitermachen, wird die EU endgültig das, was sie laut ihrer Kritiker bereits zu sein scheint: Der übermächtige Bürokrat, der detailliert reglementiert wie ordentliches und genormtes Leben und Wirtschaften in seinen Grenzen auszusehen hat. Das weckt auch Emotionen, nämlich negative. Nicht die positive emotionale Verbundenheit, die wir brauchen, um ein Zusammengehörigkeitsgefühl wachsen zu lassen. Und das muss jeden liberal Gesinnten bis ins Mark erschauern lassen.

Gerade „weil uns egal ist, woher jemand kommt, aber wichtig ist, wo er oder sie mit uns zusammen hin möchte“ (BSB-SCORE: +1MIO.). Auch FDP-Parteichef Christian Lindner bleibt mir bisher zu unkonkret: Welche Projekte, welche Ansinnen wollen und können wir Liberale forcieren, um Bürger von der Idee eines wertegeeinten Europas zu begeistern? Da muss mehr kommen – gerade jetzt in der APO können und müs-

Bullshit-Bingo

Laut Wikipedia: „Eine humoristische Variante des Bingo-Spiels, die die oft inhaltslose Verwendung zahlreicher Schlagwörter in Vorträgen, Präsentationen oder Besprechungen persifliert.“
Im konkreten Beispiel: Befürworter der Werteeinheit auf EU-Ebene – und „Fans“ des Europäischen Bundesstaates – werden gerne, auch bei uns Liberalen, belächelt. Z.B. durch das Persiflieren aller Wortgebilde, die damit zusammenhängen. Ich nehme diese „Arbeit“ in meinem Beitrag dem geneigten Leser gleich ab. Vielleicht hilft's, um gleich zur sachlichen Diskussion kommen zu können.

sen wir unsere Zukunftsvision konkreter definieren. Vor allem Greifbareres, Erlebbares muss dabei sein.

Was kann das genau sein? Darauf habe ich nicht „die“ allumfassende Antwort. Denkbare ist ein europäischer Ausweis, wie ein Facebook-Freund zur Diskussion stellte. Auch der vermehrte Einsatz von Volksabstimmungen ist möglich. Warum nicht einen EU-Präsidenten direkt wählen lassen? Für etwas realistischer halte ich persönlich zum Beispiel Vorwahlen für das EU-Parlament, damit die Menschen wieder stärker entscheiden können, wer sie repräsentieren soll. Als gemeinsames Kulturprojekt kann aber auch eine europäische Fußballmannschaft dienen. Aber gegen die will dann keiner mehr spielen, weil quasi unschlagbar ;-).

Das sind noch nicht die „großen Würfe“. Da findet sich sicher Besseres. Wichtig ist: Wir müssen anfangen solche Projekte zu suchen und anzugehen. Probieren, den Menschen mehr positiv Erlebbares zu bieten und so ihre Verbundenheit mit und für die Europäische Union zu gewinnen.

Sonst ist es irgendwann zu spät, und mindestens eine Generation ist für den Werteeinigungsprozess verloren.

Das ist für mich die größte politische Herausforderung Europas und aller europäischen Politiker für die nächsten Jahrzehnte.

P.S.: BSB-FINAL-SCORE: ∞

Michael Lindner (30) ist Bundesvorstandsmitglied der Jungen Liberalen a.D. und war bis 2014 Chefredakteur des j+l.

[e-mail lindner@julius.de](mailto:lindner@julius.de)

[facebook mln83](https://www.facebook.com/mlin83)



Lass krachen!

Europas Konfliktfähigkeit entscheidet über seine Zukunft

Im

September 2008 begann ein Abschnitt in meinem Leben, der bis heute spannend ist und dessen weitere Entwicklung ich kaum vorherzusehen vermag: Mein Arbeitsleben startete damals in Berlin. 2008, das war das Jahr, in dem wir mit dem Zusammenbruch von Lehman einen Wendepunkt erlebten und ein Krisenmarathon begann: Die Finanzkrise, Bankenkrise, (Staats-)Schuldenkrise, Eurokrise.

Wir JuLis haben uns diesem Themenbereich bereits 2010 auf dem BuKo in Berlin gewidmet – wir beschlossen damals nach intensiver Debatte ein fortschrittliches Papier zur Finanzmarktpolitik. Mich interessiert seither eine Frage: Was sind die zentralen Fähigkeiten, die eine Staatengemeinschaft entwickeln muss, um aus der Krise zu kommen?

Das ist auch deshalb eine schwer zu beantwortende Frage, weil es ein bizarres Missverhältnis in der Wahrnehmung der Krise gibt: Denn obwohl wir täglich in der Zeitung von der Krise lesen, bekommen sie privat nur wenige Menschen zu spüren. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist niedrig, die Neuverschuldung gering, die Marktintegration schreitet voran, sogar neue Länder treten dem Euro bei. Gleichzeitig nimmt die Antipathie gegenüber Deutschland im europäischen Ausland immer mehr zu. Worum geht es also in dieser Krise?

Im Kern geht es um die Frage, wie wir miteinander umgehen und ob die Regeln, die wir uns setzen, auch etwas zählen. Mit anderen Worten: Wie verbindlich sind die Versprechen, die wir uns gegenseitig geben? Und ist der Anreiz, sich an das einmal Versprochene zu halten, groß genug? Unterschiedliche Auffassungen zu diesen Fragen, insbesondere wenn sie erst **ex post** ausdiskutiert werden, führen zum Konflikt.

Europas Krisenresistenz sollte eigentlich mithilfe der **Maastricht-Kriterien** geschaffen werden. Ausgerechnet Deutschland brach diese finanzpolitischen Spielregeln des Euro unter Rot-Grün und ist deshalb in einer gewissen historischen Verantwortung: Die Geister, die es rief, wieder

loszuwerden. Die Eurozone muss sich nun eine neue Frage stellen: Wie kommt eine Staatengemeinschaft eigentlich aus der Krise raus? Ich meine: Um die schwierigen Zeiten zu meistern muss Europa konfliktfähiger werden!

Die Konfliktfähigkeit Europas ist die zentrale Eigenschaft, die uns die Krise meistern lässt

Wikipedia definiert Konfliktfähigkeit als die „Fähigkeit, eine Auseinandersetzung aufzunehmen [und] konstruktiv zu bewältigen“. Wichtige Eigenschaften dafür seien demnach unter anderem Einfühlungsvermögen, die Bereitschaft, die Ansichten der anderen Streitpartei zu verstehen, sowie ein gesundes Maß an Selbstbewusstsein. Was können wir also konkret tun, um die Konfliktfähigkeit von Staatengemeinschaften zu erhöhen?

Gerade in schwierigen Zeiten stärken wir

Vertrauen stärkt die Konfliktfähigkeit Europas

Grundsätzlich steht die Frage im Raum, ob die teilweise gegensätzlichen Partikularinteressen zweier Staaten(-gruppen) wieder zusammengebracht werden können: Die stark von der Eurokrise betroffenen südeuropäischen Länder, die Zeit und Unterstützung für ihre Reformbemühungen brauchen. Und die nord-europäischen Mitgliedsstaaten, die auf schnelle Umsetzung von Konsolidierungen pochen. Alle sind eng miteinander verwoben, und können nur gemeinsam diese Aufgabe bewältigen. Ich bin der festen Überzeugung, dass das im Fall der Eurozone möglich ist und die Stärkung des Zusammenhalts in Europa DIE zentrale Frage des 21. Jahrhunderts sein wird. Der Euro ist hier nur der Aufhänger für eine grundsätzliche Diskussion, die wir zu führen haben.

Ex post

Ex post (lat. „aus danach“) ist die lateinische Bezeichnung für die Beurteilung aus nachträglicher Sicht.

Maastricht-Kriterien

Die Maastricht-Kriterien, auch Konvergenzkriterien genannt, dienen einer nachhaltigen Annäherung der wirtschaftlichen Lage in den Mitgliedstaaten - insbesondere in jenen, welche die Einführung des Euros zum Ziel hatten bzw. haben. Die Maastricht-Kriterien entscheiden darüber, welche Mitgliedstaaten an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (und damit an der Euro-Einführung) teilnehmen dürfen (Centrum für Europäische Politik).

unsere Konfliktfähigkeit, indem wir eine andere Sicht auf die Dinge einnehmen und damit Akzeptanz fördern: Offenheit füreinander auch in Krisenzeiten brauchen wir deshalb dringender denn je. Das bedeutet konkret: Gerade jetzt sollten Programme wie Erasmus ausgebaut statt zurückgefahren werden. Gerade jetzt brauchen wir junge Botschafter, die die Perspektive auch anderer Staaten kennen lernen. Noch dringender benötigen wir junge Menschen, die aus dem europäischen Ausland zu uns kommen.

Und es muss gegenseitige Glaubwürdigkeit hergestellt werden. Wie viel Zeit jemand für die Umsetzung einer Reform benötigt, ist dabei nicht so entscheidend wie die Frage, ob das Gesagte auch umgesetzt wird: So wird aus Glaubwürdigkeit irgendwann Vertrauen – die einzige Währung, deren unbegrenzte Mehrung einen positiven Effekt hat.

Jede gute Beziehung wächst durch die gemeinsame Bewältigung von Krisen. Es ist daher die Aufgabe unserer Generation, diese Krise zu meistern, indem wir für die Konfliktfähigkeit Europas sorgen – damit seine Länder auch zukünftig in schwierigen Zeiten zusammenstehen. Wenn es uns Liberalen gelingt, die richtigen Strukturen für ein konfliktfähiges Europa zu schaffen, mache ich mir um Deutschland und Europa keine Sorgen. Und auf meine weitere berufliche Entwicklung auf diesem Flecken Erde freue ich mich dann umso mehr.

Michael Kruse (30), war Mitglied im Bundesvorstand, im Landesvorstand Hamburg und ist Präsident der Landesmitgliederversammlung in Hamburg.

e-mail kruse@julis.de



Demokratie statt Technokratie

Argumente gegen einen postdemokratischen neuen Scientismus

Dabei gilt in jeder Demokratie: Die letzte Verantwortung für politische Entscheidungen muss und kann nur bei Politikern liegen, die demokratisch legitimiert sind. Demokratie braucht Freiheit braucht Verantwortung!

Diese Entscheidung ist alternativlos – die Debatte ist damit beendet“. Angela Merkel regiert Deutschland seit acht Jahren scheinbar unter dem Diktat der Sachzwänge, ohne Gestaltungsspielraum. Am liebsten ist diesem Politikstil die Richtlinie der EU, der man sich, wie bei der Vorratsdatenspeicherung, ohnehin nicht entziehen könne. Damit hält ein postdemokratisches Selbstverständnis wieder Einzug in die Politik, das mit dem Untergang der UdSSR und ihrer 5-Jahres-Pläne eigentlich Vergangenheit sein sollte. Bereits der Afghanistaneinsatz 2001, dann die Bankenrettungen seit 2007, stets wachsende Finanzhilfen für Griechenland oder Stuttgart 21 wurden mit dem Unwort des Jahres 2010 als „alternativlos“ deklariert, um sie dem demokratischen Diskurs zu entziehen.

Nicht „höhere Mächte“ bestimmen die Politik in einer Demokratie. Jede Demo-

kratie muss nachvollziehbar und in der Verantwortlichkeit einzelner Menschen begründet werden, die für ihre Entscheidungen ausgewählt und durch eine wirkliche Alternative ersetzt werden können.

Dass angeblich die Sachverhalte immer komplexer werden, ist meistens eine Ausrede dafür, dass Politiker einseitig informiert sind und dass Lobbyisten in der Öffentlichkeit erfolgreich ihre Meinung, verborgen unter Informationen, platziert haben.

Es ist Ausdruck einer politischen Agenda, nicht unumgängliches Naturgesetz, wenn die Europäische Kommission in drei Jahren die elektrische Leistung von Staubsaugern auf 900 Watt begrenzt. Wenn sie dafür Stu-

dien durchführen lässt, wie viel Normstaub sich mit Normsaugern von Normteppichen aufnehmen lässt, tarnt sich diese politische Agenda mit einem wissenschaftlichen Mantel, der den Grundprinzipien der Freiheit der Forschung und der kritischen Kontrolle, nicht gerecht wird. Dieser radikale neue „Scientismus“ steht in fataler Tradition zur missbräuchlichen Rechtfertigung durch die Wissenschaft, die der technokratisch regulierende Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion pflegte.

Es wird ein künstlicher Widerspruch aufgebaut zwischen dem gesunden Menschenverstand, dem eine individualistische Gesellschaft mit einem funktionierenden Marktssystem folgt und der angeblichen höheren Wahrheit, die in den Reagenzgläsern einer Wissenselite köchelt.

In einer aufgeklärten, demokratischen, liberalen Gesellschaft spielt die freie Wissenschaft natürlich eine wichtige Rolle. Nicht die der magischen Glaskugel in der Hand einiger Privilegierter, sondern die Wissenschaft als Grundlage für die Entwicklung von technischem und kulturellem Fortschritt, über deren Nutzen letztlich die Bürger entscheiden. Dabei bricht sich die Komplexität der komplizierten Forschung in natürlichen Schritten herunter. Niemand von uns muss wissen, welche thermodynamischen Grundsätze die Effizienz unseres Staubsaugers bestimmen, um zu entscheiden, ob sich das Produkt im Einzelfall ökonomisch und ökologisch lohnt.

Der Philosoph Karl Raimund Popper hat mit seiner wissenschaftsphilosophischen Theorie des „Kritischen Rationalismus“ formuliert, was die treibende Kraft der Wissenschaft ist und was der Anspruch an sie sein kann: Wissenschaftliche „Gewissheiten“ sind nie absolut und nicht von Dauer. Wissenschaftliches Streben soll der Entwicklung von Theorien über die Wirklichkeit dienen, die sich testen lassen, außerdem der ständigen Überprüfung, der „Falsifizierung“ dieser Theorien. Aus dieser Einsicht folgt, das, was heute als sicher gilt, sich morgen schon als falsch erweisen haben kann. Darin unterscheidet sich Wissenschaft auch von der Entwicklung technischer Lösungen für bekannte Probleme und von Auftragsarbeiten zur Staubsaugereffizienzbestimmung. Und es zeigt sich, dass niemand wissenschaftliche Erkenntnisse im Nachhinein in Haftung für politische Entscheidungen nehmen kann.

Eine Ausschussdemokratie, wie wir sie in Deutschland haben, ist eigentlich ein kluger Ansatz. Wissenschaft macht keine Kompromisse. Aber die in Ausschüsse entsandten Politiker können sich, in mühsamer Kleinarbeit, auch in fachlich komplexe Zusam-

menhänge einarbeiten. Sie werden dazu motiviert, in den überparteilichen Arbeitsgremien politisch vertretbare Lösungsansätze zu entwickeln. Dazu ist aber schon in einem frühen Stadium maximale Transparenz notwendig.

Wird die Europäische Union diesen Ansprüchen gerecht? Die EU hat ein Parlament, aber nur eine Scheindemokratie. Die wahre Macht konzentriert sich bisher im Beamtenapparat der Europäischen Kommission. Es ist kein Wunder, dass sich in dessen intransparenten internen Abläufen ein Mikrokosmos mit einer eigenen, gesichtslosen politischen Agenda entwickelt hat, der sich geschickt der demokratischen Kontrolle entzieht. Das oft beschriebene „Elitenprojekt“ EU wird sich auf diese Weise niemals zu einem demokratischen, akzeptierten Modell entwickeln.

Am deutlichsten wird die moderne europäische Technokratie aber an der sogenannten „Expertenregierung“, wie sie von der „Troika“ der EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Griechenland eingesetzt wurde. Sie unterläuft wichtige Grundsätze der Demokratie: Eine scheinbar höhere Macht setzt diese von außerhalb des nationalen demokratischen Systems, angeblich zwischenzeitlich, außer Kraft. Es ist kein Wunder, dass niemand auf die Idee käme, die fachlich exzellentesten 10 Professoren Deutschlands zur Bundesregierung zu wählen. Es geht in der Politik nicht nur um fachliche Kenntnis, sondern auch um Vertrauen, Verhandeln und Verantwortlichkeit.

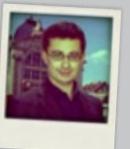
Politik also den Politikern, Wissenschaft den Wissenschaftlern. Wie kann die Schnittstelle besser gelingen? Auch Wissenschaftler machen sich zunehmend Sorgen um den Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Politik. William Sutherland, Biologie-Professor in Cambridge, hat zuletzt in einem treffenden Kommentar in der Zeitschrift Nature „20 Regeln um wissenschaftliche Behauptungen zu überprüfen“ zusammengestellt (Sutherland et al. Nature, 503, 2013, 335 ff.), die sich jeder Politiker in regelmäßigen Abständen in Erinnerung rufen sollte. Tatsächlich erfüllen wenige Studien, auf deren Basis in Deutschland und Europa Politik gemacht wird, konsequent diese Grundsätze.

Arian Kriesch (30), Diplom-Physiker und wiss. Mitarbeiter. Europakandidat Platz 10 der FDP, Spitzenkandidat der JuLis Bayern und im Präsidium der FDP Bayern.

twitter @friheitsfreund

facebook kriesch

web www.arian-kriesch.de



Scientismus / Technokratie

Der Begriff **Scientismus** beschreibt ursprünglich die Annahme, dass die wissenschaftlichen Methoden sich auf alle Lebensbereiche anwenden lassen und die einzige wahre Quelle für Wissen sind. Wir beziehen uns auf die Kritik einer extremen Ausprägung, die Philosophen wie Hayek und Popper aus dem sogenannten logischen Positivismus abgeleitet haben, der aus der Logik entstammte.

Der Begriff **Technokratie** beschreibt eine Regierungsform, die technisches und wissenschaftliches Wissen in Form von Fachexperten über politische, demokratische Prozesse stellt.

Gemeinsam für eine bessere Welt

Mehr Partnerschaft, mehr Europa.

In Deutschland tobt, angestoßen von Bundespräsident Joachim Gauck, die längst überfällige Debatte um eine Neuorientierung in der Außen- und Sicherheitspolitik. Mehr Verantwortung statt Abschottung. Mehr Partnerschaft statt Alleingänge. Das ist ein, vor dem Hintergrund der zahlreichen Konflikte auf globaler Ebene, richtiger Schritt. Für eine wirklich tragfähige Zukunftsvision muss aber noch weitergedacht werden. Nur wenn Europa künftig mit einer Stimme spricht, wird es sich langfristig noch wirksam an der globalen Ordnungspolitik beteiligen können.

„New World Order“ – wir stehen hinten!

Seit Ende des Ost-West-Konflikts hat sich die Weltordnung rasant und fundamental verändert. An die Stelle des bipolaren Systemkonflikts ist eine multipolare Weltordnung mit einer Vielzahl alter und neuer Akteure getreten. Neue Führungsmächte, allen voran die sog. **BRICS-Staaten**, streben mit hohem Gestaltungswillen nach mehr internationalem Einfluss. Ihr Erfolg ist mittlerweile auf jeder internationalen Konferenz zu besichtigen. In Europa sind es allenfalls noch die großen Drei, die in dieser neuen Manege einigermaßen mithalten können – noch! In der Vergangenheit haben sich die Europäer in schwierigen Situationen, die sie nicht zu bewältigen im Stande waren, an die USA angelehnt. In den letzten Jahren allerdings ist eine klare Prioritätenverschiebung der Amerikaner auf den asiatisch-pazifischen Raum wahrzunehmen. Damit tragen sie der Entwicklung in dieser Weltregion hin zum neuen Epizentrum der Weltpolitik und -wirtschaft Rechnung. Die Truppenpräsenz in Europa wird reduziert, die Interessen der Verbündeten im Westen als weniger entscheidend betrachtet.

Globaler Einfluss bedingt die Europäische Einigkeit!

Wenn Europa künftig seine Interessen wirksam artikulieren und in der Lage sein möchte die internationale Konfliktbewältigung zu unterstützen, werden die Europäer dies im eigenen Beritt hinbekommen müssen. Warum hier Handlungsfähigkeit essentiell ist, erschließt sich bei einem Blick auf die Abhängigkeit der Europäer, allen voran der Deutschen, von einem stabilen internationalem Umfeld. Handelswege und Absatzmärkte, auf denen unser Wohlstand maßgeblich beruht, brauchen Stabilität und Sicherheit um zu funktionieren. Es geht aber auch um die Durchsetzung von Rechts- und Wertevorstellungen in internationalen Verhandlungen. Wenn die Europäer Einfluss auf die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechtsfragen nehmen möchten, können sie sich kaum auf die autokratischen Russen oder Chinesen, wie der NSA Skandal gezeigt hat, nicht einmal auf die USA, verlassen. Eine verstärkte Kooperation im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist daher dringend geboten, wenn wir weiterhin im internationalen Kontext gestalten wollen.

Status quo: Konsenszwang statt Gestaltungswille

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde im Vertrag von Maastricht zu diesem Zweck angelegt und im Vertrag von Lissabon noch einmal intensiviert. Die Bilanz dieses Projektes fällt allerdings ernüchternd aus. Die Konsensbildung (Einstimmigkeitsprinzip!) dauert regelmäßig Wochen – Zeit, die im internationalen Kontext oftmals nicht zur Verfügung steht. Die Konsensergebnisse sind sodann in der Regel auch keine starken Statements, sondern ein kleinster gemeinsamer Nenner. Einzig in weniger bedeutungsstarken Fragen kann die Europäische Union (EU), vertreten durch ihren „Hohen Vertreter“, punktuell tätig werden. Die eigentliche Außenpolitik findet noch immer in Paris, Berlin und Warschau statt.

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger hat den einprägsamen und sehr richtigen Satz geprägt, dass, solange Europa keine Telefonnummer habe, es auch kein außenpolitischer Akteur sein könne. Die Mitgliedstaaten der EU müssen ihre Energien bündeln und an einem Strang ziehen. Das kann möglicherweise über eine Vielzahl von Konsultationen, Absprachen und Treffen erreicht werden. Die bessere Variante ist aber eine vertiefte europäische Integration in diesem Politikfeld. Ein mit großen Kompetenzen ausgestatteter EU-Außenminister vereint dann die geballte Verhandlungsmacht aller 28 Mitgliedstaaten. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) bündelte die Kompetenzen und Ressourcen der vormaligen Außenministerien, betreibt zentrale Botschaften und bietet einen einheitlichen Ansprechpartner, die berühmte Telefonnummer Europas! Selbstverständlich gibt es Hürden auf dem Weg zu diesem Ziel. Die unterschiedlichen außenpolitischen Kulturen, Souveränitätsvorbehalte, intraeuropäisches Konkurrenz- und Machtdenken. Aber wollen wir wirklich die Gestaltung der Weltordnung im 21. Jahrhundert anderen überlassen, weil antiquierte nationalstaatliche Eitelkeiten der europäischen Einigung im Wege stehen?

Wider den Mehrfachstrukturen – Wir brauchen mehr Partnerschaft!

Sicherlich bedarf der Integrationsprozess in diesem Politikbereich noch etwas Zeit. Wir müssen aber jetzt beginnen und schnell arbeiten, um nicht abgehängt zu werden. Ein sinnvoller Start ist etwa die Zusammenlegung der nationalen Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene. Dies erfordert keinerlei finanzielle Mehraufwendungen, spart Bürokratiekosten ein und setzt damit mehr Mittel frei, die in konkrete Projekte investiert werden können. Ein hoher Kostenfaktor sind auch die Militärausgaben. Die EU-Staaten leisten sich 28 Armeen mit fast 2 Millionen Soldaten. Die Mehrfachstrukturen

sorgen aber dafür, dass hiervon nur etwa 80.000 Mann in Einsätze entsandt werden können. Würde man die Verteidigungsetats auf europäischer Ebene bündeln, würde eine schlagkräftige, bestens ausgerüstete europäische Armee entstehen. Diese könnte, mandatiert durch die UN und das europäische Parlament die diplomatischen Bemühungen der EU wirksam durch humanitäre und stabilisierende Einsätze unterstützen. Funktionierende Kooperationen etwa zwischen Deutschland und Polen oder den Niederlanden zeigen schon jetzt, dass die militärische Integration funktionieren kann.

Die Welt steht im Umbruch. Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, wer in der neuen Weltordnung, welche Rolle übernehmen wird. Wenn Europa an dieser entscheidenden Zäsur nicht abgehängt werden will, müssen wir Europäer mutig sein. Die Antwort auf die Debatte um eine neue Außen- und Sicherheitspolitik muss sein: Mehr Partnerschaft, mehr Europa.

BRICS-Staaten

Abk. für Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Lasse Roth (25) ist Student und Beisitzer im Bundesvorstand.

e-mail roth@julius.de

twitter lasse_roth

facebook roth.lasse



Vom Neuland und Internetausdruckern

Wer den Begriff Datenschutz definieren will, ohne in trockene, juristische Begriffserklärungen abzurutschen, stößt überraschend schnell an nationale und rechtskulturelle Grenzen, auch innerhalb Europas. Das Vorhaben der EU, eine Datenschutz-Grundverordnung zu schaffen, begegnet daher erheblichen Schwierigkeiten.

Zuerst entwickelte sich das Datenschutzrecht in Deutschland und Europa unabhängig voneinander: 1977 wurde bundesweit das erste Bundesdatenschutzgesetz geschaffen, eine Zeit in

der noch lange nicht annähernd daran gedacht werden konnte, was Computer und das Internet nur knapp 20 Jahre später für eine Revolution auslösen könnten. 1977 war auch das Jahr, in dem Ken Olson, Gründer der Computerfirma Digital Equipment Corporation, sagte: „Es gibt

keinen Grund, warum jemand einen Computer zu Hause haben wollte.“

In den nächsten Jahren änderten Computer und Telekommunikation die Art und Weise, wie Personen miteinander kommunizieren. Das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgericht im Jahr 1983 brachte dann zum ersten Mal das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ ins Spiel: „Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. [...] Hieraus folgt: Freie Entfaltung der Persönlichkeit setzt unter den

modernen Bedingungen der Datenverarbeitung den Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten voraus.“ Ein Satz, aktueller denn je.

1995 wurde die Datenschutzrichtlinie der Europäischen Gemeinschaften geschaffen. Nach Art. 1 dieser Richtlinie ist Datenschutz der „Schutz der Privatsphäre natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.“ In der Richtlinie geht es nämlich vor allem um die Rechtsangleichung und weniger um die Persönlichkeitsrechte der Unionsbürger. Die Krux bei Richtlinien ist jedoch, dass Brüssel nur den Rahmen vorgibt und die Mitgliedsstaaten die genaue Ausgestaltung selber vornehmen können. Im Jahr 2001 folgte mit dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und einigen Spezialgesetzen die deutsche Umsetzung dieser Richtlinie mit einem sehr hohen Datenschutzstandard, wonach der Zweck des Gesetzes ist, „den Einzelnen davor zu schützen, dass er durch den Umgang mit seinen personenbezogenen Daten in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wird.“ Und so kommt es, dass Deutschland in der EU mit das höchste Datenschutzniveau hat und Global Player wie Amazon und Facebook ihre europäischen Headquarter lieber in Irland aufschlagen.

Zur weiteren Rechtsangleichung soll jetzt die Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union geschaffen werden. Diese würde unmittelbar und ohne weiteres Umsetzungsgesetz in allen Mitgliedsstaaten gelten, sodass zwar das Problem der Rechtszersplitterung weitgehend gelöst wäre, aber der deutschen Gesetzgeber auch keine Möglichkeiten mehr zum Nachjustieren hätte, egal ob wir zum Schluss deutschen oder eher irischen Standard haben.

Doch bevor wir die richtigen oder falschen Standards oder Einzelregelungen diskutieren, sollten wir uns darüber klar werden, dass wir Deutsche es waren, die die europäische Integration mit voran gebracht und immer gewollt haben. Und auch heute noch ist dieser Weg gut und richtig. Trotzdem heißt die Konsequenz ständig Kompromisse schließen zu müssen, auch in Politikfeldern, die wir Liberale eigentlich als unverhandelbar ansehen.

Vor allem für die Wirtschaft ist eine Rechtsangleichung eine Erleichterung, die auch den Kunden zum Schluss hilft. Denn Unternehmen fangen mehr und mehr an, Datenschutz als echtes Qualitätsmerkmal anzusehen. Microsoft möchte zukünftig seinen Kunden außerhalb der USA anbieten zu wählen, in welchem Microsoft Data Center ihre Daten gespeichert werden. Für Europäische Kunden könne dies der Standort in Irland sein. Idee 1+, Umsetzung 5-.

Bekommen wir nun deutsche oder irische Verhältnisse?

Auch wenn der Datenschutz vor allem aus Gründen der Rechtsangleichung auf europäischer Ebene geregelt werden soll, muss es doch **Essentialia Negotii** geben, denn Datenschutz ist keine „liberale Modeerscheinung“, sondern eines der wichtigsten Grundprinzipien, auf denen unsere moderne, digitale Gesellschaft basiert.

Daher gehören beispielsweise Datenvermeidung und Datensparsamkeit dazu, denn jeder sollte nur so viel über Dritte speichern, wie unbedingt notwendig ist. Weiterhin sind ein strenges Verbotsprinzip mit Erlaubnisvorbehalt bzw. Einwilligungsvorbehalt und die Durchsetzung von **Privacy by Default** essentiell. Softwarehersteller müssen nach diesem Prinzip also erstmal die Datenschutz-freundlichste Voreinstellung wählen, sodass der Kunde diese bewusst abwählen und damit in die Aufweichung seines Datenschutzes einwilligen muss. Dafür ist es aber auch notwendig, dass Bürger eine aufgeklärte Entscheidung treffen können und dazu müssen sie von den Unternehmen jeweils in die Lage versetzt werden. Und schließlich das viel diskutierte „Recht auf Vergessenwerden“: Im deutschen Recht wird dies durch den Grundsatz der Datenvermeidung und Datensparsamkeit erfüllt. Dies muss nun auch in Europa fest geschrieben werden.

Aber wie so oft, steckt der Teufel im Detail und über diese Details wird in Brüssel wieder einmal gerungen. Vor der Europawahl ist mit einer Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung nicht zu rechnen. Für uns Liberale ist Datenschutz ein essentieller Teil einer Demokratie. Erst die Gewissheit, dass meine kitschigen Liebesgedichte, meine Briefe vom Anwalt und meine Vorliebe für Justin Bieber's Musik wirklich bei mir bleiben, macht mich zu einem wirklich freien Menschen! Das wird ein schwerer Kampf der Europäischen (jung-)liberalen Abgeordneten gegen die Internetausdrucker und ich würde mir an dieser Stelle wünschen, dass wir möglichst viele rechtskulturelle Einflüsse aus Deutschland mit einfließen lassen können.

Julia Hesse (31) ist Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt IT-Recht und Datenschutz aus Berlin. Sie ist Datenschutzbeauftragte und kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand der JuLis.

e-mail liberal@juliahesse.eu

facebook JuliaHesseBerlin

web www.juliahesse.eu

Essentialia Negotii

Lateinisch für „Wesentliche Vertragspunkte“. Das sind die Punkte, die so essentiell für einen Vertrag sind, dass sich die Vertragsparteien darüber geeinigt haben müssen, damit der jeweilige Vertrag überhaupt geschlossen werden kann.

Privacy by Default

Englisch für „datenschutzfreundliche Voreinstellungen“. Bei Programmen müssen die Standardeinstellungen immer die datenschutzfreundlichste Variante wählen, bspw. dass ein Browser standardmäßig keine Tracking-Cookies speichert.



Leuchtturm außer Betrieb

Eurofighter / Rafale

Der **Eurofighter Typhoon** ist ein europäisches Mehrzweckkampfflugzeug, welches u.a. von Airbus und BAE Systems hergestellt wird.

Die **Rafale** ist ein französisches Mehrzweckkampfflugzeug. Eurofighter und Rafale basieren auf dem gleichen Prototyp, wegen erheblicher Differenzen der beteiligten Streitkräfte entstanden später zwei verschiedene (wegen der kleineren Stückzahlen teurere) Muster.

EADS / BAE

EADS, seit ein paar Wochen Airbus Group, ist ein europäischer Rüstungs-, Luft- und Raumfahrtkonzern, unter dessen Dach u.a. die Unternehmen Airbus (Verkehrs- und Militärflugzeuge), Eurocopter (Verkehrs- und Militärhubschrauber) und Cassidian (Militärische Drohnen) vereinigt sind.

BAE Systems, ist ein britischer Rüstungskonzern, der vor allem Militärflugzeuge und Lenkwaffen herstellt.

EU-Battlegroups

Die EU Battlegroups, im Volksmund schnelle Eingreiftruppe genannt, sind die militärischen Krisenreaktionskräfte der Europäischen Union. Sie führen Erstmissionen in Krisengebieten durch und bereiten u.U. weitere Einsätze vor.

„Fuck the EU“ –

Wie der zahnlose Tiger der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU Europa schadet. Die großen EU-Staaten müssen die GSVP endlich ernst nehmen – oder sie endgültig begraben.

Die Probleme fingen schon mit der Erfindung des aufrechten Ganges an. Noch heute schlagen Physiotherapeuten die Hände über dem Kopf zusammen bei dem Gedanken an die orthopädische Hypothek, welche die Menschheit dadurch einging. Jedoch wusste der Mensch nichts Besseres mit seinen nun freigewordenen Händen anzufangen als sich fortan mit Faustkeilen, Schwertern, Musketen, Panzern, Atombomben und Kampfdrohnen gegenseitig den Kopf einzuschlagen bis – ja bis die Europäische Union kam und seitdem als Leuchtturm des Weltfriedens vor sich hin leuchtete.

So oder so ähnlich wird sich die Weltgeschichte aus dem Mund der berufenen Politiker in den nächsten Monaten bis zur Europawahl darstellen. Tatsächlich sind die Verdienste der EU als Friedensprojekt zwischen ihren Mitgliedsstaaten unumstritten – der Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren führt uns das eindrucksvoll vor Augen. Ganz anders hingegen die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP): Hier regieren weiterhin die nationalen Egoismen.

Die Idee europäischer Streitkräfte ist ohnehin nach wie vor eine Utopie. Die Mitgliedsstaaten, auch Deutschland, verteidigen ihre militärische Souveränität mit Zähnen und Klauen. Nicht einmal eine gemeinsame Rüstungsindustrie ist bisher entstanden: Lieber subventioniert man teure, schlecht ausgelastete Betriebe im eigenen Land als bei der Beschaffung Kompromisse einzugehen, siehe Eurofighter/Rafale. Selbst

wirtschaftlich sinnvolle Fusionen wie beispielsweise zwischen EADS und BAE werden mit Hinweis auf die nationale Sicherheit blockiert – so als ob wir morgen wieder einen Krieg in Europa befürchten müssten.

Auch das Konzept der EU-Battlegroups funktioniert nicht: Seit 2004 wurden sie noch kein einziges Mal eingesetzt – nicht in Georgien, nicht in Libyen, nicht in Mali. Ein Grund sind die langwierigen Entscheidungsprozesse hinsichtlich Finanzierung und dem Einsatz an sich. Oftmals ist ein kleiner Konflikt, der problemlos durch die Battlegroups hätte eingegrenzt werden können, bis dahin zu einem handfesten Bürgerkrieg angewachsen, in den kein Staat freiwillig Truppen entsendet. Der andere Grund sind wieder einmal nationale Egoismen: Die Battlegroups werden turnusmäßig von einzelnen Mitgliedsstaaten oder Staatengruppen gestellt. Das hat zur Folge, dass faktisch der truppenstellende Mitgliedsstaat über den Einsatz entscheidet und nicht die Union. Konsequenz: Eingegriffen wird nur, wenn es den eigenen Interessen nutzt.

Statt der Battlegroups handeln dann oft die beiden ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und vor allem Frankreich. Das französische Eingreifen in den Konflikten in Mali und der Zentralafrikanischen Republik wird zwar in Mali von einer Ausbildungs- und Trainingsmission der EU begleitet. Allerdings liegt der Verdacht nahe, dass Frankreich weniger Europa als Friedensmacht als vielmehr den eigenen Einfluss im französischen „Hinterhof“ West- und Zentralafrika sowie das Ablenken

vom innenpolitischen Versagen der Regierung Hollande im Blick hatte.

Deutschlands Rolle in dieser Frage ist wieder einmal ambivalent. Weder Guido Westerwelles Politik der militärischen Zurückhaltung, inklusive der peinlichen Enthaltung im Libyenkonflikt, noch die jüngste Forderung Ursula von der Leyens nach mehr deutschen Auslandseinsätzen, allerdings außerhalb der EU, bringen die GSVP voran. Sie verstärken eher das Bild der EU als heillos zerstrittenen Haufen von außenpolitischen Egoshootern.

Die großen EU-Staaten müssen die GSVP endlich ernst nehmen – oder sie endgültig begraben. Schnellere Entscheidungsprozesse hinsichtlich der Battlegroups durch einen europäischen Finanzierungstopf, mehr Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Rüstungstechnik, beispielsweise durch Spezialisierung einzelner Staaten auf bestimmte Bereiche und mehr militärische Zusammenarbeit statt individueller Missionen ohne Abstimmung mit den europäischen Partnern könnten Lösungen sein. Jetzt fehlt nur noch der politische Wille, den Leuchtturm Europa auch mal einzuschalten.

Florian Jäckel (28) aus Heidelberg ist Rechtsreferendar

e-mail jaeckel@julius.org



Das Boot ist nicht zu voll

Es gibt gar kein Boot

Der Vertrag von Maastricht, das Schengener Durchführungsübereinkommen und das Dublin-Abkommen der damaligen Europäischen Gemeinschaft legten fest, dass die Asylpolitik als Aufgabe von „gemeinsamem Interesse“ betrachtet werden sollte. Dies galt zunächst jedoch nur zwischenstaatlich. Erst seit dem Amsterdamer Vertrag, wird die Politik in den Bereichen „Migration und Asyl“ zumindest in Teilen gemeinsam geregelt.

fahren und die Versorgung eines Flüchtlings zuständig ist, in dem er erstmals in die EU eingereist ist. Dies betrifft vor allem die Südstaaten wie Italien, Griechenland oder Malta.

Deutschland kann sich so einen schlanken Fuß machen.

So sterben viele Menschen bei der Überfahrt über das Mittelmeer – die Toten auf dem Weg zu den Ablegestellen der „Schiffe“ in Afrika bekommen wir ja nicht mit – aber die politische Diskussion dreht sich lieber weiterhin darum, ob Bulgaren und Rumänen unseren Arbeitsmarkt überfluten statt um die Schicksale der Flüchtlinge.

Besonders, wenn wieder einmal ein Boot mit mehreren hundert Menschen gesunken ist, ist es Zeit für politische Plattitüden. Ja, wir müssen die Lebenssituation der Menschen in ihrer Heimat verbessern. Ja, wir sollten den Menschen die Möglichkeit eröffnen in ihrer Heimat glücklich werden zu können und nicht mehr gezwungen sein zu müssen, zu fliehen. Und ja, es ist für die Länder ein großes Problem, wenn vor allem junge Männer den Weg nach Europa versuchen, weil andere zu schwach sind, um die Strapazen und Risiken auf sich zu nehmen.

Vergemeinschaftung heißt das in der Europäischen Union. Daran, wie auch an der jetzigen Regelung, haben Liberale mitgewirkt, auch wenn die Liberalen derzeit im Europäischen Parlament für eine vernünftigeren europäischen Asylpolitik streiten.

Die jetzige Regelung fußt auf dem sogenannten Dublin II Abkommen, das im Kern besagt, dass derjenige Mitgliedsstaat für das Asylver-

Aber warum, kommt nach solchen Aussagen nicht mehr? Warum hören wir diese Sätze immer wieder ohne dass sich etwas verändert? Die Antwort ist einfach: Flüchtlinge haben keine Lobby, schlimmer noch sie haben eine Lobby gegen sich.

Die Angst vor Fremden ist stärker als die Nächstenliebe.

Dabei wäre die Europäische Union sicher nicht überfordert, wenn wir mehr Flüchtlinge aufnehmen würden. Schweden, Luxemburg oder Österreich nehmen prozentual zur Einwohnerzahl deutlich mehr Flüchtlinge als Deutschland auf. Auch in Italien werden mehr Asylanträge bewilligt als in Deutschland. Die Integration von Asylbewerbern ist möglich, wenn sie gewollt ist und wenn man sie nicht zwangsweise vom Arbeitsmarkt fernhält, wie es in Deutschland der Fall ist. Es ist also auch Sache der nationalen Gesetzgebung und deren Umsetzung.

Eine Überlegung sollte man als Liberaler aber anstellen, sie sollte meines Erachtens auch ein Ziel liberaler Politik sein: Die Aufhebung jeglicher Niederlassungsbeschränkungen. Warum dürfen sich Menschen nicht einfach dort auf unserem Planeten niederlassen, wo sie möchten? Wieso verbieten wir die volle Freizügigkeit auf der Erde? Es gibt dafür Gründe, ohne Zweifel. Aber sollte es für Liberale nicht dennoch das Ziel sein? Mit solch einem Ziel vor Augen und dem dazugehörigen Menschenbild würde sich der Umgang mit Flüchtlingen verändern. Wie schnell jeder zum Flüchtling werden kann, das hat die deutsche Geschichte mehrmals gezeigt. Vielleicht sollten wir jetzt endlich unser Denken verändern. Träumen muss erlaubt sein.

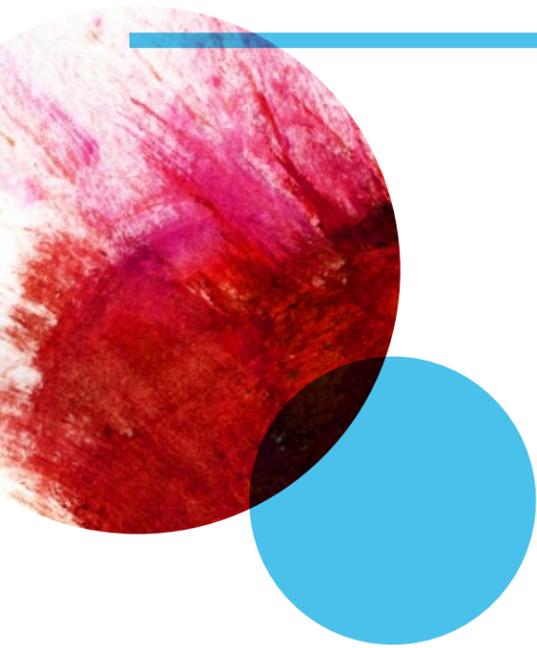
Florian Berg (31) war von 2007 bis 2010 stellvertretender Bundesvorsitzender für Programmatik.

[e-mail](mailto:berg@julius.de) berg@julius.de

[twitter](https://twitter.com/fberg) fberg

[facebook](https://www.facebook.com/florian.berg) florian.berg





Armutsmigration

Warum wir jede Befürchtung, aber nicht jede Intervention ernst nehmen sollten

Das Jahr 2014 beginnt mit einem Knall. Den bayrischen Repräsentanten der Union ist Etwas sauer aufgestoßen und sie haben die Dynamik des Teufelskreises der deutschen Stammtische entfacht: „Wer betrug, der fliegt.“, das ist das Credo kurz vor den Europawahlen. So vorhersehbar wie pseudopolitisch munkelt man jetzt im Zwielficht der Kneipe beim Feierabendbier von den Sozial-schmarotzern aus dem Osten. Der politische Hintergrund für solche überzeugenden Parolen ist eine europarechtliche Veränderung, die mit dem Jahreswechsel wirksam geworden ist. Seit dem Neujahrstag 2014 ist die Übergangsregelung zur Arbeitssuche für die noch neuen EU-Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien ausgelaufen. Damit fällt die Anforderlichkeit einer Arbeitsgenehmigung für Deutschland durch die Bundesagentur für Arbeit weg. Das bedeutet, dass Rumänen und Bulgaren nun zusätzlich zu der durch Europa garantierten Freizügigkeit in Deutschland frei

und selbstbestimmt nach einem Arbeitsverhältnis suchen dürfen. Diese Veränderung, offenbar ein gefundenes Fressen für den Wahlkampf! Für Hans-Peter Friedrich, ist eine Intervention gegen die drohende Überflutung durch Armutsmigranten die absolute Möglichkeit zum Schutz der Freizügigkeit in Europa. Sein Kollege Elmar Brock, CDU-Abgeordneter im Europaparlament, hat gleich die passende Lösung parat: Die Erfassung der Fingerabdrücke rumänischer und bulgarischer Einwanderer, selbstverständlich ganz prophylaktisch und in Verbindung mit einer Wiedereinreiseperrre. Dann sofort Gegenfeuer von der SPD. Schnell melden sich auch die anderen Parteien zu Wort. Christian Lindner umschiff das Thema; er begrüßt Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte und verliert kein

weiteres Wort darüber. Ganz ehrlich: objektive Analyse, fundierte Programmatik und seriöse Auseinandersetzung mit den verschiedenen Ebenen des Themas sehen anders aus. Aber wer will daraus einen Vorwurf machen, wenn Wahlen anstehen, die niemand so wirklich versteht, deren Kandidaten weitgehend unbekannt sind und die es wohl nicht vermag die Hälfte der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe zu locken. Tatsache ist, dass die Zahlen bezüglich der Einwanderer aus den genannten osteuropäischen Ländern eine andere Sprache sprechen. Der IAB-Kurzbericht zum Thema „Arbeitsmigration oder Armutsmigration?“ vermutet zwar einen Anstieg der Zuwanderung für das folgende Jahr um etwa das Doppelte, dafür verbucht er ein Viertel der Migranten als hoch qualifiziert, das heißt als Inhaber eines Hochschulabschlusses. Auch in der Retrospektive kann man dem Vorwurf des Sozialbetruges widersprechen. Die Arbeitslosigkeit von Rumänen und Bulgaren

liegt bei 9,6% und damit weit unter dem Wert für Migranten in Deutschland generell.

Heißt das jetzt wir können die Befürchtungen beruhigt ignorieren, am Stammtisch darf eine neue Runde Bier geordert werden und man widmet sich wieder sich selbst?

Armutsmigration ist also offensichtlich kein Problem der deutschen Sozialleistungen, aber doch eines aus europäischer Sicht und aus einer individuellen Perspektive gesehen. Es muss die Aufgabe eines freizügigen, souveränen Europas sein, Verhältnisse zu schaffen die fließende Übergänge zwischen den Mitgliedsstaaten ermöglichen ohne dabei Integration zu behindern. Armut und geringe Bildung darf Menschen nicht einschränken, sie darf kein Grund sein Zuwanderern weiter Bildung und Sozialleistungen vorzuenthalten.

In der Realität existiert armutsbedingte Zuwanderung, die häufig auch Menschenhandel begünstigt. Diese Form der Zuwanderung weist auf ein grundsätzliches Problem hin: Es ist Unsinn Migration im Zielland regulieren zu wollen. Wer sich gut ausgebildete Fachkräfte aus den europäischen Nachbarländern wünscht, muss dafür sorgen, dass dort Menschen gut ausgebildet werden. Ein weiteres Paradoxon der Zuwanderungspolitik betrifft dann aber auch genau diese Gruppe. Laut Bundeszentrale für politische Bildung (focus Migration, Ausgabe 17, 2012, 1 ff.) ziehen im besonderen Maße gut ausgebildete und integrierte Migranten und Personen mit Migrationshintergrund wieder zurück in ihre Herkunftsländer. Der Grund dafür ist oft, dass diese Gruppe besonders sensibel gegenüber ungleicher, diskriminierender Behandlung ist.

Wenn die Herren Friedrich und Brock also erneut gegen sozialbetrügerische Immigranten aus Rumänien und Bulgarien wettern, stehen die Chancen gut, dass der Stammtisch im nächsten Jahr öfter über den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften in Deutschland beratschlagen muss.



Theresa Elise Wege (20), studiert Psychologie in Marburg und ist bei den Julis Marburg-Biedenkopf für Organisation zuständig.
 e-mail theresa.wege@icloud.com
 facebook [theresa.wege.5](https://www.facebook.com/theresa.wege.5)

Replik

Gedanken zum Euro

In der letzten Ausgabe von jung+liberal (04/2013) formulierte Florian Jäckel seine „Gedanken zu Europa“, die mich spontan zu einer Replik veranlasst haben.

Deutschland ist kein Profiteur des Euro

Florian schreibt, Deutschland würde „mit seiner stark auf den Export ausgelegten Wirtschaft [...] vom Euro wie kein anderer europäischer Staat“ profitieren. Wenn Deutschland die D-Mark wieder einführt, würde diese derart stark aufwerten, dass das „Rückgrat der deutschen Wirtschaft, der Export“, wegbräche. Dieses Standardargument der Befürworter des Einheitseuros wird nicht dadurch richtiger, dass es gebetsmühlenartig wiederholt wird. Die ökonomischen Segnungen einer durch freie Preise, d. h. Wechselkurse gebildeten Hartwährung – wie es die D-Mark bei einer Wiedereinführung voraussichtlich wäre – sind auf Dauer viel größer als die der Exportüberschüsse, die durch eine künstlich unterbewertete Währung erzielt werden. Eine Hartwährung steigert die Kaufkraft der Bürger. Zur Freude des Reisenden sind die Urlaube im Ausland billiger. Der Verbraucher kann sich mehr für sein Geld leisten, weil die Inflation in der Regel geringer ist als der Anstieg der Kaufkraft. So schaffte es Schweden trotz der Tatsache, dass es sich der Europäischen Währungsunion von Beginn an verweigerte und dessen Krone eine Hartwährung ist, seinen Wohlstandsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt der Eurozone in etwa zu halten. Dieser betrug zu Beginn der Währungsunion 1999 26 Prozent, im Jahre 2010 23 Prozent (Quelle: Eurostat).

Ferner wird argumentiert, dass die Ursache der Eurokrise im wirtschaftlichen Ungleichgewicht zwischen den europäischen Staaten läge, welches sich in deutschen Leistungsbilanzüberschüssen ausdrückt – und beruft den Volkswirtschaftsprofessor Paul Krugman in den Kronzeugenstand. Als Therapie empfiehlt Florian vor allem, die deutsche Binnennachfrage

ge durch Lohnerhöhungen zu stärken. Dieses Argument geht aus zwei Gründen ins Leere. Erstens sind Leistungsbilanzüberschüsse definitiv mit Kapitalexporten identisch. So legten Deutsche im übrigen Euroraum zwischen 1995 und 2011 laut Eurostat ein Nettovermögen von 1120 Milliarden Euro (!) an, was vor allem den Boomländern in Südeuropa als Investitionen zugutekam. Freilich stand diese Summe im gleichen Zeitraum nicht für Investitionen in Deutschland zur Verfügung, was hierzulande zur Krise um die Jahrtausendwende herum beitrug. Deutschland, ein Profiteur des Euro?? Zweitens kann die Therapie nicht allen Ernstes darin bestehen, dass Deutschland den Wettbewerbsvorteil wieder verspielt, den es sich durch schmerzhaft Reformen mühsam erarbeitet hat. Lohnerhöhungen sind zulässig, solange sie sich am Produktivitätsfortschritt orientieren. Exzessive Lohnerhöhungen über das Produktivitätsniveau hinaus schaden dem Standort Deutschland. Jetzt ist es an den Krisenstaaten, ihre Hausaufgaben zu machen und sich endlich mit den mitunter kommunistischen Gewerkschaften und dem grassierenden Bürokratismus in Lateineuropa anzulegen.

Die EU braucht ein Parallelwährungssystem

Doch dies alleine wird nicht ausreichen, um der Eurokrise Herr zu werden. Eine Studie von Goldman Sachs aus dem Jahr 2012 hält zu deren Überwindung reale Abwertungen (d. h. von Löhnen und Preisen) in Griechenland von 30 Prozent, in Portugal von 35 Prozent, in Spanien und Frankreich von jeweils 20 Prozent für nötig. Gleichzeitig steigt der Gesamtschuldenstand dieser Länder weiter rapide an. Bei aller Sympathie für beherzte Reformen: Das gibt Bürgerkrieg! Wir müssen aufpassen, dass wir die Menschen in Südeuropa nicht überfordern, weil wir obsessiv am Einheitseuro festhalten und eine ganze Generation in Südeuropa – unsere Generation – ihrer Zukunft berauben.

Was also ist zu tun? Die EU braucht ein Parallelwährungssystem, in dem der Euro als Buch- und Bargeld erhalten bleibt. Der Kurs des Euro



wird dabei dauerhaft fixiert. Jeder Mitgliedstaat der Eurozone führt zusätzlich seine nationale Währung als Buch- und Bargeld wieder ein, damit Wechselkursabwertungen als Ventil wieder zur Verfügung stehen und die Unternehmen der Krisenländer somit rasch ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen können. Die jeweilige Landeswährung darf dabei gegenüber anderen Währungen beliebig auf- und abwerten, gegenüber dem Euro kann sie jedoch nur abwerten. Alle Staaten der EU, die den Euro noch nicht als gesetzliches Zahlungsmittel haben, also sogar Großbritannien, Schweden oder Rumänien können diesen umgehend als Parallelwährung einführen. Die EZB bringt den Euro nur gegen Ankauf von EU-Währungen in Umlauf und konzentriert sich strikt auf die Sicherung der Preisniveaustabilität. Der Euro wäre der neue „künstliche Goldstandard“ Europas, in dem jeder Bürger inflationssicher sparen kann. Die nationalen Währungen fungieren dabei als Abwertungsventil, die die Leistungsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften abbilden. Der Übergang in ein solches System ist ohne Bankenanstürme und Währungsreformen möglich, an dessen Ende der Euro als stabilste Währung der Welt in neuem Licht erstrahlen könnte.

Der Vorschlag eines Parallelwährungssystems für die Eurozone wurde übrigens von dem ehemaligen britischen Premierminister John Major vor der Einführung des Euro in die Debatte gebracht, doch umgehend von Einheits-eurobefürwortern begraben. Es lohnt sich, den Briten gelegentlich einmal zuzuhören. Liberale sind kritische Köpfe und sollten offen sein für unkonventionelle Ideen.



Maximilian Losch (29), ist Staatswissenschaftler und war Beisitzer für Programmatik der Julis Nordberlin.
 e-mail maximilian.losch@mailueberfall.de



Auf ein Käffchen mit Konstantin

Lieber Konstantin, wie fühlt man sich als frisch gewählter Bundesvorsitzender?

Ich bin noch ein bisschen müde, aber das spricht ja auch dafür, dass es ein spannendes BuKo-Wochenende in Kassel war.

Worauf möchtest du dich während deiner Amtszeit besonders konzentrieren?

Erstmal geht es darum, bei der Europawahl und bei den parallel stattfindenden Kommunalwahlen am 25. Mai den Wahlkampf nicht nur der FDP zu überlassen. Auch auf die JuLis kommt es an – viele unserer Mitglieder sind ja selbst Kandidaten. Später folgen die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Abseits der Wahlkämpfe möchte ich vor allem unsere Außendarstellung und Kommunikation verbessern.

“Europa – wir müssen reden“, ist der Slogan unserer Kampagne zur Europawahl. Worum geht es schwerpunktmäßig?

Wir JuLis sind begeisterte Europäer. Deswegen mögen wir keinen billigen Populismus gegen Europa, sondern wollen ehrlich mit den Menschen über ihre Sorgen sprechen. Es kann außerdem nicht sein, dass bestimmte Entscheidungen

einfach als „alternativlos“ dargestellt werden. Menschen wollen überzeugt und nicht eingeschüchtert werden. Das wollen wir mit unserer Kampagne zeigen.

Wie unterstützt der Bundesverband die Untergliederungen?

Nachdem wir beim BuKo in Kassel unsere Kampagne vorgestellt haben, werden in den kommenden Wochen Werbemittel-Pakete an alle Kreisverbände verschickt. Zusätzlich kann Material online bestellt werden. In der heißen Wahlkampfphase werden wir eine Tour durch alle Bundesländer veranstalten.

Trotz vieler offensichtlicher Vorteile der Union gibt es noch viel Diskussionspotenzial bzgl. Europa bei den Menschen. Was sollte bei der EU primär auf der Tagesordnung stehen?

Die Entscheidungsträger in der EU sollten sich fragen, wie sie in entscheidenden Bereichen eine stärkere europäische Stimme erzeugen können, etwa mit Blick auf die Ukraine. In anderen Feldern, man denke an die Auswüchse der Brüsseler Bürokratie, muss die EU sich auf das Wesentliche beschränken. Schuld an vielen Ideen sind übrigens oft nicht Beamte in Brüssel, sondern nationale Minister, die über

die EU durch die Hintertür bestimmte Regeln durchsetzen wollen, die bei nationalen Wahlen auf großen Widerstand stoßen.

Was kann getan werden, um den Menschen eine Europäische Union wieder näher zu bringen? Die Wahlbeteiligung spricht häufig Bände.

Ich halte es beispielsweise für einen guten Schritt, dass die europäischen Parteien erstmals mit erkennbaren Spitzenkandidaten antreten. Bei einem Fernsehduell zwischen Jean-Claude Juncker von den Konservativen und Martin Schulz von den Sozialdemokraten haben die Alternativen ein Gesicht und sind für den Wähler greifbarer. Die Auswahl zwischen Schulz und Juncker zeigt aber auch, dass es in Europa einer starken liberalen Stimme bedarf, die sich gegen Junckers Zentralismus und gegen Schulz' Verschuldungs-Phantasien ausspricht.

Was muss sich am System Europa ändern?

Ich finde es unerträglich, dass die Staats- und Regierungschefs immer noch hinter verschlossenen Türen am Europäischen Parlament vorbei kungeln. Der Europäische Rat muss dringend abgeschafft werden. Die Interessen der Mitgliedsstaaten sollten transparent durch den Ministerrat oder eine andere zweite Kammer vertreten werden.

Europa als Bundesstaat – was reizt an dieser Idee, welche Konsequenzen hätte dieser Schritt?

Mich reizt die Idee eines politischeren Europas. Ein reiner Beamtenstaat ohne Rechtfertigungsdruck vor dem europäischen Bürger ist ein Schreckensszenario für jeden Liberalen. Ich erhoffe mir in einem Europäischen Bundesstaat eine intensivere Debatte über das, was Europa tun und das, was es lassen soll.

Was ist dein Wunsch für ein zukünftiges Europa?

Ich hoffe, dass gerade junge Menschen den Wert der Freiheit auf unserem Kontinent mehr schätzen lernen. Wir Liberale müssen selbstbewusster für unsere Ideen von Europa werben. Dann muss man sich auch nicht vor Populisten fürchten.



Man soll gehen, wenn es am schönsten ist!

Im vergangenen Herbst, nach dem überraschenden Rücktritt von Lasse, habe ich mich entschlossen Verantwortung für die JuLis zu übernehmen. Gerade in dieser wichtigen Übergangszeit wollte ich mich mit meinen Erfahrungen und meinem Können einbringen. Für mich war jedoch von Anfang an klar, dass ich den JuLi-Bundesvorsitz, der wie ihr ja wisst, ein reines Ehrenamt ist, nicht auf ewig mit meinem Studium und meinem Privatleben würde vereinbaren können.

Dennoch – oder gerade deshalb – habe ich für uns JuLis stets alles gegeben und klar Stellung bezogen. Nach Außen wurde der Übergang in die APO eingeleitet und selbstkritisch Bilanz gezogen. Dabei habe ich deutlich gemacht, dass wir den Kopf nicht in den Sand stecken und stattdessen weiter für unsere liberalen Überzeugungen streiten werden – jetzt nur eben von außerhalb des Parlaments. Ich habe kein Blatt vor den Mund genommen und Missstände sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei ehrlich-konstruktiv angesprochen. Von Anfang an war die Botschaft: Mit den Jungen Liberalen ist weiter zu rechnen, Bundestag hin oder her.

Nachdem ich die letzten Jahre immer mit Leib und Seele vollen Einsatz gezeigt habe, möchte ich meinen Fokus nun wieder verstärkt auf mein Studium und mein Privatleben richten. Denn Beidem konnte ich mich in den vergangenen Jahren nicht immer so widmen, wie ich es mir gewünscht hätte. Für mich war es deshalb an der Zeit an vorderster Front Tschüss zu sagen – man soll ja bekanntlich gehen, wenn es am schönsten ist. Es war wirklich die geilste Zeit meines Lebens und es wird auch weiter eine spannende Zeit bleiben. Bleibt wie ihr seid, denn so hab ich Euch verdammt lieb gewonnen – und nicht zuletzt deshalb war es mir eine Ehre, euer Vorsitzender sein zu dürfen!

Natürlich bin ich aber nicht aus der Welt. Seid euch sicher: Politisch ist weiter mit mir zu rechnen. Ich bin und bleibe Überzeugungstäter und werde auch in Zukunft für die FDP im Bundesvorstand Verantwortung übernehmen. Auch weiterhin stehe ich euch immer gern als euer Ansprechpartner zur Verfügung.

Beste Grüße,


Euer Alex



JuLi schon mehrere Jahre erfolgreich das Belarus-Programm von IFLRY leitet und u.a. auch Kassenprüfer von IFLRY war, kennt den Verband und erhielt das beste Stimmergebnis des Tages. Zum neuen Präsidenten wurde Christian Scharling von Radikal Ungdom aus Dänemark gewählt.

Außergewöhnliches Highlight am Rande war die Verabschiedung des alten Vorstands, bei dem der scheidende Präsident Thomas Leys, VLD, Belgien, seiner langjährigen Freundin Sarah Wong, Young Liberals of Canada, vor Augen der versammelten internationalen Jungen Liberalen einen Heiratsantrag machte.

Neben vielen weiteren Resolutionen war die Debatte um die Resolution zur Verurteilung der NSA-Aktivitäten besonders spannend, da die Young Democrats of America als Jugendorganisation des amerikanischen Präsidenten mit am Tisch saßen. Erstaunlich kooperativ wurden jedoch Formulierungen gefunden, die sowohl eine entschiedene Verurteilung der Vorfälle, als auch konstruktive Lösungsansätze für die Zukunft enthielten.

IFLRY GA in Krakau

Am letzten Januarwochenende versammelten sich Junge Liberale aus über 35 Ländern zur General Assembly unseres weltweiten Dachverbandes IFLRY (International Federation of Liberal Youth) in Krakau. Nach dem letzten, sehr asienlastigen Treffen in Bangkok waren diesmal mit Paraguay, Brasilien, Venezuela USA und Kanada auch die amerikanischen Kontinente wieder stärker vertreten. Auch Vertreter der European Youth of Ukraine waren vor Ort und konnten direkt von der Situation in Kiev berichten. Auf dem Programm stand die Wahl eines neuen Vorstands, die Beratung von Resolutionen und die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen aus Marokko und Tansania. Die JuLis waren wie gewohnt in allen Beratungsgremien der Versammlung stark und auch in der Kongressleitung aktiv.

Besonders wichtig für die JuLis war die erfolgreiche Kandidatur Daniel Georges zum neuen Schatzmeister. Daniel, der als Aachener



Insgesamt war der Kongress in Krakau für die JuLis ein wichtiger Schritt, um noch stärker international aktiv zu werden und mit anderen Jungen Liberalen aus aller Welt zu kooperieren. Auch der Erfahrungsaustausch, dass es nicht wenige junge liberale Organisationen gibt, deren Mutterpartei nicht nur nicht temporär im Parlament vertreten ist, sondern denen die Verhaftung droht, wenn sie in Sichtweite des Parlaments auftauchen, ermöglicht einen wichtigen Perspektivwechsel. Dank Katharina Armin tauchen, ermöglicht einen wichtigen Perspektivwechsel. Dank Katharina Armin tauchen, ermöglicht einen wichtigen Perspektivwechsel. Dank Katharina Armin tauchen, ermöglicht einen wichtigen Perspektivwechsel.

Den kompletten neuen Vorstand findet ihr ebenso wie mehr Informationen zum Kongress auf der Facebook-Seite von IFLRY.

Bei Fragen zum Kongress könnt ihr euch an den Delegationsleiter Armin (reinartz@julius.de) wenden.

Noch Fragen?

Bei allen Fragen zur internationalen Arbeit könnt ihr euch gerne an mich - Sven Hilgers - wenden:

e-mail hilgers@julius.de



Digital Campaigning in Wien

Ende letzten Jahres fand unser Digital Campaigning Seminar mit den JuLis Österreich in Wien statt. Dabei wurde uns die erfolgreiche Kampagne der NEOS und ihr 3-gliedriges Vorwahlsystem (je 1/3 Mitglieder-, Vorstands-, und offenes Online-Voting) vorgestellt. Ebenso haben wir uns über Organisationsstrukturen, Mitgliederbindung und Zusammenarbeit mit der Mutterpartei ausgetauscht. Was wir sonst noch so in Wien erlebt haben könnt ihr euch in unserem internationalen Podcast angucken.



Vive l'amitié franco-allemande!

Vom 20. bis 23. Februar 2014 haben wir JuLis uns mit den Jeunes Radicaux de Gauche (JRG), unserem Partner bei IFLRY und LY-MEC, in der Villa Lessing in Saarbrücken zu einem gemeinsamen Seminar getroffen. Hierbei haben wir ausführlich über die unterschiedlichen liberalen Traditionen in Deutschland und Frankreich gesprochen, Begrifflichkeiten geklärt und natürlich auch unsere Programme im Hinblick auf die anstehenden Europawahlen verglichen. Dadurch konnten wir viele Gemeinsamkeiten, aber natürlich auch Unterschiede finden und ein besseres Verständnis der Denkweisen unseres Partnerlandes erlangen. Ein Highlight war auch der Besuch in Strasbourg, wo wir neben dem Europäischen Parlament natürlich auch die Stadt besichtigt und Spuren der regelmäßigen Nationalitätswechsel der Stadt genauer unter die Lupe genommen haben. Hochkarätige Referenten durften bei dem Seminar ebenso nicht fehlen: Mit Béatrice Angrand, Generalsekretärin des dt.-frz. Jugendwerkes, sowie Oliver Luksic, Landesvorsitzender der FDP Saarland, haben wir ausführlich diskutieren können. Ein großer Dank von uns allen an die ALDE und die Villa Lessing für die große finanzielle und organisatorische Unterstützung!



Den Internationalen Podcast mit mehr Informationen zu der Veranstaltung findet ihr in unserem Youtube-Kanal.



réformes institutionnelles

- 1) Objectif fédéral et renforcement démocratique
Europäischer Bundesstaat (loyalität) + Einhaltung der Subsidiarität
- 2) Gemeinsame europ. Listen + Spitzenkandidatur
persönliches Wahlrecht
- 3) assemblée constituante européenne (citoyens)
Referendum über Lösungsweg eines Konvents
- 4) indépendance financière -> 2,5% TVA + taxe fédérale pour les entreprises multinationales
- 5) One person, one vote
- 6) Europ. Senat nach US Vorbild durch Minorität
Abschaffung des Europ. Rats
- 7) Fin de l'unanimité au sein du conseil
- 8) Europ. Verfassungsbehörde (Bürger)

Impressum

jung-liberal ist das Mitglieder Magazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber: Bundesverband Junge Liberale e.V., PF 540243, 10042 Berlin, Telefon: (030) 28 38 87 91, Telefax: (030) 28 38 87 99, E-Mail info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P):
Jeanine Weiss (jundl@julius.de)

Autoren: Florian Berg, Alexander Hahn, Julia Hesse, Florian Jäckel, Arian Kriesch, Michael Kruse, Konstantin Kuhle, Michael Lindner, Maximilian Losch, Florian Philipp Ott, Miriam Reinartz, Lasse Roth, Theresa Wege.

Lektorat: Michael Lindner

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bildnachweise

Cover: madochab / photocase.de

Seite 10/11: thetank / photocase.de

Seite 14/15: kablu / photocase.de

Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen

© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin

Ausgabe 02/2014

Für die kommende Ausgabe mit dem Schwerpunkt "Akademiker-Welt" (Aufstiegchancen, Ausbildung, Chancengerechtigkeit) können gern ab sofort Artikelvorschläge und Ideen eingesandt werden. Auch bzgl. einer Aufnahme in den Autorenverteiler, Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an jundl@julius.de schicken.

Gute Pflege
braucht Begleitung.

**Unser Maßstab:
PFLEGEBERATUNG
ZU HAUSE**

Um Pflegebedürftige bestmöglich beraten zu können, müssen wir ihr Umfeld kennen. Deswegen besuchen wir sie in ihren eigenen vier Wänden. Sie müssen nirgendwohin, unsere Berater kommen zu ihnen. Damit setzen wir Maßstäbe. Und machen Pflege für alle besser.
www.pkv.de



Wir machen *Pflege* besser – für alle.



Verband der Privaten
Krankenversicherung